

Teil D: Angebotsunterlagen

Name des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft

Bei Bietergemeinschaft: Name des bevollmächtigten Vertreters der Bewerbungsgemeinschaft

Anschrift, Ansprechpartner, Telefon/Fax/E-Mail des Bieters bzw. des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft

Nationale Identifikationsnummer des Bieters bzw. des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft (bitte ankreuzen und ergänzen)

☐ USt.-Identifikationsnummer: _____

☐ Handelsregister-Nr. HR _____ Amtsgericht: _____

Angaben zur Größe des Bieterunternehmens (bitte ankreuzen)

☐ Kleinstunternehmen (bis 9 Beschäftigte und bis 2 Mio. EUR Umsatz)

☐ Kleines Unternehmen (bis 49 Beschäftigte und bis 10 Mio. EUR Umsatz und kein Kleinstunternehmen)

☐ Mittleres Unternehmen (bis 249 Beschäftigte und bis 50 Mio. EUR Umsatz und kein kleines Unternehmen)

☐ Großunternehmen (über 249 Beschäftigte oder über 50 Mio. EUR Umsatz)

**Angabe der Nationalität des Eigentümers des Bieterunternehmens
(sofern keine Börsennotierung vorliegt)
(bitte ankreuzen und ggf. ausfüllen)**

- ☐ Das Unternehmen **ist** börsennotiert.
- ☐ Das Unternehmen **ist nicht** börsennotiert. Der wirtschaftliche Eigentümer (d. h. der wirtschaftlich Berechtigte im Sinne des § 3 Geldwäschegesetz) des Unternehmens besitzt folgende Staatsangehörigkeit:

Ich/wir biete/n die Leistungen entsprechend den Vorgaben der Vergabeunterlagen zu den im Angebot genannten Konditionen, insbesondere zum im Preisblatt genannten Preis an. Ich/Wir halte/n uns an mein/unser Angebot bis zum Ablauf der in der Auftragsbekanntmachung genannten Bindefrist gebunden. Ich/wir erkläre/n, dass meine/unsere Erklärungen und Angaben zutreffend sind. Mir/uns ist bewusst, dass mein/unser Angebot bei fehlenden oder unzutreffenden Angaben von dem Verfahren ausgeschlossen werden kann.

Mein/unser Angebot enthält neben diesem Formblatt folgende Bestandteile:

- ☐ **Nachweis der Eintragung in das Handelsregister, Anmeldung des Gewerbes oder gleichwertiger Nachweis.**
Bitte einen der folgenden Nachweise beifügen: Nachweis der Eintragung in das Handelsregister, Anmeldung des Gewerbes oder gleichwertiger Nachweis.
- ☐ **Nachweis der Erlaubnis zur Ausübung eines Überwachungsgewerbes gem. § 34a Abs. 1 GewO**
Es ist eine aktuell gültige, ausgestellte gewerberechtliche Erlaubnis gemäß § 34a Abs. 1 GewO vorzulegen. Das Fortbestehen der aktuellen Gültigkeit kann durch eine entsprechende Eigenklärung des Bieters oder eine behördliche Bestätigung nachgewiesen werden.
- ☐ **Zertifizierung nach DIN 77200-1 oder vergleichbar**
Nachweis einer aktuell gültigen Zertifizierung nach DIN 77200-1 oder eines vergleichbaren Nachweises.
- ☐ **Notruf- und Servicestelle**
Nachweis einer aktuell gültigen Zertifizierung nach Klasse A der Richtlinie VDS für Notruf- und Serviceleitstellen oder einer gleichwertigen Zertifizierung. Zum Nachweis ist auch eine rechtsverbindliche **Erklärung des Zertifizierers**, dass der Auftragnehmer bereit und in der Lage ist,

eine solche Notruf- und Servicestelle rechtzeitig zum Leistungsbeginn einzurichten ausreichend.

- ☐ **Nachweis der Betriebshaftpflichtversicherung.**
Bitte entweder Deckungsbestätigung oder rechtsverbindliche Erklärung der Versicherung, im Auftragsfall eine entsprechende Deckung zu gewähren, beifügen. Bitte beachten Sie die Mindestanforderungen des Auftraggebers (**Anlage A01 zu Teil A**).
- ☐ **Referenzblatt (Anlage D01) in erforderlicher Anzahl.**
Bitte verwenden Sie zur Angabe der Referenzleistungen das als Anlage D01 beigefügte Formblatt in entsprechender Anzahl und nummerieren Sie die Referenzen fortlaufend. Bitte beachten Sie die Mindestanforderungen des Auftraggebers (**Anlage A01 zu Teil A**).
- ☐ **Nachunternehmerverzeichnis (Anlage D02).**
Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Abschnitt N der Verfahrensbedingungen (**Teil A**) und geben Sie die Anlage auch dann ausgefüllt ab, wenn Sie keinen Nachunternehmereinsatz beabsichtigen.
- ☐ **Rechtsverbindlich unterzeichnete Verpflichtungserklärung (Anlage D03) in erforderlicher Anzahl, soweit erforderlich.**
Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Abschnitt O der Verfahrensbedingungen (**Teil A**). Bitte beachten Sie, dass die Verpflichtungserklärung durch den Nachunternehmer zu unterschreiben ist.
- ☐ **Rechtsverbindlich unterzeichnete Bietergemeinschaftserklärung (Anlage D04), soweit erforderlich.**
Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Abschnitt P der Verfahrensbedingungen (**Teil A**).
- ☐ **Nachweis der Ortsbesichtigung (Anlage D05)**
Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Abschnitt U der Verfahrensbedingungen (**Teil A**).
- ☐ **Ausgefülltes Preisblatt (Anlage D06).**

A. Umsatz des Unternehmens

	Jahresumsatz insgesamt (Euro)	Jahresumsatz aus Leistungen der Gebäudeüberwachung und vergleichbaren Objekten (Euro)
2023		
2024		
2025		

Der Auftraggeber behält sich vor, zum Nachweis der Richtigkeit der Angaben ergänzende Unterlagen anzufordern, z. B. (testierte) Jahresabschlüsse oder Bestätigungen eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters.

B. Beschäftigtenzahl

Jahr	Mitarbeiter insgesamt	Im Bewacherregister registriertes Wachpersonal
2023		
2024		
2025		

C. Angabe der Objektleitungen

Bitte Namen und Qualifikationen eintragen:

	Namen	Qualifikation Mindestens: Nachweis der erfolgreichen Ablegung der Sachkundeprüfung gem. § 34a Absatz 1 Satz 3 Nummer 3 und Absatz 1a Satz 2 GewO i.V.m. § 11 BewachV oder eines vergleichbaren Nachweises. Nachweise sind beizufügen	Berufserfahrung in Jahren
Objektleitung			
Stellvertretung			

D. Erklärung zu gesetzlichen Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB

I. Verurteilungen/Geldbußen

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass **keine** Person, deren Verhalten im Sinne von § 123 Abs. 3 GWB meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen eines der folgenden Straftatbestände rechtskräftig verurteilt worden ist **und** gegen mein/unser Unternehmen **keine** Geldbuße gemäß § 30 OWiG wegen eines dieser Straftatbestände rechtskräftig festgesetzt wurde:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),

- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 223a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar wegen eines der vorgenannten Straftatbestände eine Verurteilung rechtskräftig **erfolgt ist** bzw. eine Geldbuße rechtskräftig **festgesetzt** wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

II. Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir meinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **stets** nachgekommen bin/sind.
- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar durch rechtskräftige Gerichtsentscheidung oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **nicht** nachgekommen bin/sind, ich/wir aber die Zahlungen zwischenzeitlich vorgenommen bzw. mich/uns zur Zahlung (inkl. Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen) verpflichtet habe/n (Nachweise sind beizufügen).

III. Sonstiges Fehlverhalten

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen
- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

- nicht zahlungsunfähig ist, kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich nicht in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch welche die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird,
- keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge keine wesentlichen Anforderungen erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat bzw. dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- keine schwerwiegende Täuschung in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien begangen oder diesbezügliche Auskünfte zurückgehalten hat,
- keine gemäß § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zum Ausschluss von dem Vergabeverfahren berechtigte Verfehlung begangen hat.

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar ein Fehlverhalten im Sinne der vorstehenden Aufzählung begangen wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

IV. Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn § 4 Abs. 1 NTVergG

- ☐ Hiermit verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, bei der Ausführung der auf der Grundlage dieses Vergabeverfahrens zu erbringenden Leistungen:

1. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 Mindestlohngesetz (MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), in der jeweils geltenden Fassung, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes zu zahlen und
2. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen zu zahlen. Diese können sich ergeben aus:
 - den Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG)
 - den Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)
 - den auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen sowie
 - aus einem auf der Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag im Sinne von § 4 Absatz 1 Nummer 1 sowie §§ 5 und 6 Absatz 2 des AEntG.

Soweit ich/wir Nachunternehmer einsetze/n, verpflichte ich mich/verpflichten wir uns weiterhin, den eingesetzten Nachunternehmern die vorstehende Erklärung sowie ggf. den Nachweis nach § 8 Abs. 2 NTVergG abzuverlangen und diese Erklärungen und Nachweise dem Auftraggeber vorzulegen.

V. Eigenerklärung zur Verordnung (EU) 2022/576

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 09. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Ich/Wir erkläre(n) hiermit, dass für mein/unser Unternehmen keiner der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Nachfolgend bitte ankreuzen:

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

- ☐ **nicht die Kapazitäten** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).
- ☐ Folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe):
 - ☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
 - ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
 - ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.
- ☐ **Keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftrage(n)/beauftragt habe(n).

- ☐ Folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftragen werde(n)/ beauftragt habe(n).
 - ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
 - ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
 - ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wurde zum 10. Oktober 2022 beendet.
- ☐ **Keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) /beauftragt habe(n).
- ☐ Folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).
 - ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
 - ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
 - ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wurde zum 10. Oktober 2022 beendet.

Ort, Datum	Name der erklärenden Person:

Anlage D01: Referenzblatt

Referenz:	
Auftraggeber:	
Ort Leistungserbringung:	
Ansprechpartner:	
Telefonnummer:	
E-Mail:	
Zusammenhängende Leistungserbringung über einen Zeitraum von mindestens einem Jahr?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Zeitraum: _____
Art des zu bewachenden Objekts: Bitte kurz beschreiben. Beachten Sie diesbezüglich die Anforderungen in den Anlagen A01: Eignungskriterien)	Zutreffendes bitte ankreuzen: <input type="checkbox"/> Anlage gemäß Anhang 1 zur BSI-KritisV (Sektor Energie) <input type="checkbox"/> Anlage gemäß Anhang 2 zur BSI-KritisV (Sektor Wasser) <input type="checkbox"/> Anlage gemäß Anhang 8 zur BSI-KritisV (Sektor Siedlungsabfälle) Beschreibung des Objektes:
Ausgeübte Bewachungsdienstleistung Bitte kurz beschreiben. Beachten Sie diesbezüglich die Anforderungen in den Anlagen A01: Eignungskriterien)	

Anlage D02: Nachunternehmerverzeichnis

Bitte ankreuzen:

- ☐ Der Einsatz von Nachunternehmern ist **nicht** vorgesehen
- ☐ Die nachfolgend genannten Leistungen sollen durch Nachunternehmer ausgeführt werden:

Name und Anschrift des Nachunternehmers	Art und Umfang der Leistung

Anlage D03: Verpflichtungserklärung

Name des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft

Name und Anschrift des Nachunternehmers

Wir bestätigen hiermit dem Bieter/der Bietergemeinschaft zur Vorlage und Bestätigung gegenüber dem Auftraggeber, dass wir uns verbindlich gegenüber dem Bieter/der Bietergemeinschaft verpflichten, im Fall der Zuschlagserteilung an den Bieter/die Bietergemeinschaft, diesem/dieser die in Anlage D02 des Angebots beschriebenen Leistungen zu erbringen und Mittel zur Verfügung zu stellen.

Wir bestätigen, dass wir über die zur Ausführung des Auftragsteiles erforderliche Eignung und erforderlichen Mittel verfügen und diese dem Bieter/der Bietergemeinschaft im Falle der Zuschlagserteilung in dem zur Leistungserbringung erforderlichen Maß zur Verfügung stellen. Wir sind bereit, die an Nachunternehmer zu stellenden Verpflichtungen zu akzeptieren.

Im Hinblick auf die Eignungsleihe zugunsten des Bieters/der Bietergemeinschaft erklären wir hinsichtlich unserer Eignung wie folgt:

A. Umsatz des Unternehmens

ahr	Jahresumsatz insgesamt aus Überwachungsdienstleistungen (Euro netto)
2023	
2024	
2025	

B. Beschäftigtenzahl

	Insgesamt	Im Bewacherregister eingetragene Wachpersonen
2023		
2024		
2025		

C. Erklärungen zu gesetzlichen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB

I. Verurteilungen/Geldbußen

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass **keine** Person, deren Verhalten im Sinne von § 123 Abs. 3 GWB meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen eines der folgenden Straftatbestände rechtskräftig verurteilt worden ist **und** gegen mein/unser Unternehmen **keine** Geldbuße gemäß § 30 OWiG wegen eines dieser Straftatbestände rechtskräftig festgesetzt wurde:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 - den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),

- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 233a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar wegen eines der vorgenannten Straftatbestände eine Verurteilung rechtskräftig **erfolgt ist** bzw. eine Geldbuße rechtskräftig **festgesetzt** wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

II. Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn § 4 Abs. 1 NTVergG

- ☐ Hiermit verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, bei der Ausführung der auf der Grundlage dieses Vergabeverfahrens zu erbringenden Leistungen:
1. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 Mindestlohngesetz (MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), in der jeweils geltenden Fassung, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes zu zahlen und
 2. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen zu zahlen. Diese können sich ergeben aus:
 - den Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG)
 - den Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)
 - den auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen sowie
 - aus einem auf der Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag im Sinne von § 4 Absatz 1 Nummer 1 sowie §§ 5 und 6 Absatz 2 des AEntG.

III. Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir meinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **stets** nachgekommen bin/sind.
- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar durch rechtskräftige Gerichtsentscheidung oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **nicht** nachgekommen bin/sind, ich/wir aber die Zahlungen zwischenzeitlich vorgenommen bzw. mich/uns zur Zahlung (inkl. Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen) verpflichtet habe/n (Nachweise sind beizufügen).

IV. Sonstiges Fehlverhalten

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐ Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen

- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- nicht zahlungsunfähig ist, kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich nicht in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch welche die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird,
- keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge keine wesentlichen Anforderungen erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat bzw. dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- keine schwerwiegende Täuschung in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien begangen oder diesbezügliche Auskünfte zurückgehalten hat,
- keine gemäß § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zum Ausschluss von dem Vergabeverfahren berechtigende Verfehlung begangen hat.

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar ein Fehlverhalten im Sinne der vorstehenden Aufzählung begangen wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Anlage D04: Bietergemeinschaftserklärung

Name des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft
Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #1 der Bietergemeinschaft
Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #2 der Bietergemeinschaft
Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #3 der Bietergemeinschaft

Wir bilden eine Bietergemeinschaft und erklären,

- dass der o. g. Vertreter bevollmächtigt wird, die Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber im Vergabeverfahren rechtsverbindlich zu vertreten.
- dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft im Falle der Auftragserteilung als Gesamtschuldner haften werden,
- dass die Angaben des bevollmächtigten Vertreters zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Angebot für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft gleichermaßen gelten.

Bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft:

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Weiteres Mitglied #1 der Bietergemeinschaft:

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Weiteres Mitglied #2 der Bietergemeinschaft:

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Weiteres Mitglied #3 der Bietergemeinschaft:

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Anlage D05: Nachweis der Ortsbesichtigung

(Unterschrift und Stempel
des Auftraggebers erforderlich!)

Bitte dieses Formblatt in der **erforderlichen Anzahl** kopieren und ankreuzen:

Name der besichtigten Deponie (zutreffendes ankreuzen):

- ☐ **Deponie Burgdorf**
- ☐ **Deponie Kohelnfeld**
- ☐ **Deponie Hannover-Lahe**

Datum:	
Name des Bieters:	
Teilnehmer des Bieters:	
Teilnehmer des Auftraggebers:	
Zeitdauer:	
Anmerkungen:	

Hiermit bestätigen wir die Teilnahme der o.g. Mitarbeiter des Bieters an der Ortsbesichtigung.

.....

Unterschrift / Stempel des Auftraggebers aha

Anlage D06: Preisblatt

Bei der Kalkulation ist folgendes zu berücksichtigen:

1. Die Angebotspreise umfassen alle anfallenden Kosten. Kosten für die Ausstattung, Zuschläge auf die Lohnkosten, Overheadkosten etc. sind einzupreisen. Erfasst sind daher auch der An- und Abtransport von Geräten, Maschinen und Material sowie die An- und Abfahrten zur jeweiligen Deponie.
2. Dem Angebot für das Nettojahresentgelt ist ein Stundenansatz von 6.249 Stunden pro Jahr zugrundzulegen. In diesem Stundenansatz sind die Deponien in Burgdorf, Kohlenfeld und Hannover-Lahe erfasst.
3. Eintragung der Bieter sind nur in den beschreibbaren Feldern vorzunehmen.
4. Die Bieter werden noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, dass für die Deponie Hannover Lahe in einer Schicht **zwei Einsatzkräfte** dienst haben (Teil B Leistungsbeschreibung, C, III).
5. Der Auftraggeber behält sich vor, im Rahmen einer etwa erforderlichen Preisaufklärung nach § 60 VgV (Auskömmlichkeitsprüfung) von den Bietern die Vorlage einer Kalkulation des Nettojahrespreises und der Stundenverrechnungssätze zu fordern.

I. Zuschlagskriterium 1.1 (Nettojahresgesamtpreis)

Anzugeben ist das für die Gesamtleistung zu zahlende jährliche Nettojahresentgelt für die Bewachungsdienstleistung während der regulären Einsatzzeiten gem. Teil B Leistungsbeschreibung Buchst. A, Ziffer II a., Buchst. B, Ziffer II a, Buchst. C, Ziffer II a. Alle Angaben sind in EUR mit Zweinachkommastellen zu versehen.

Nettojahresentgelt	EUR netto
Deponie Burgdorf	
Deponie Kohlenfeld	
Deponie Hannover-Lahe	
Nettojahresentgelt gesamt (Zuschlagskriterium 1.1)	

Umsatzsteuer			
Gesetzliche Umsatzsteuer auf das Nettojahresentgelt	19	%	

Bruttojahresentgelt (nachrichtlich)	
--	--

II. Nettostundenverrechnungssätze für Einsätze außerhalb der regulären Einsatzzeiten (Zuschlagskriterium 1.2.)

Anzugeben ist der für die Bewachungsdienstleistung geltende Stundenverrechnungssatz inkl. aller Neben- und Reisekosten für Einsätze außerhalb der regulären Einsatzzeiten gem. Teil B Leistungsbeschreibung Buchst. A, Ziffer II b, Buchst. B, Ziffer II b, Buchst. C, Ziffer II b. Alle Angaben sind in EUR mit Zweinachkommastellen zu versehen.

Mitarbeiter des Auftraggebers	Stundenverrechnungssatz in Euro netto
Objektleiter	
Einsatzpersonal	
Einfacher Durchschnittswert (Zuschlagskriterium 1.2.)	